

peace brigades international



pbi zieht sich aus Indonesien zurück

Schweren Herzens nehmen Freiwillige und MitarbeiterInnen Abschied

Das Militär als Akteur der Friedenserziehung?

Podiumsveranstaltung zum Thema „Bundeswehr an Schulen“

Friedliche Insel mitten im Krieg

Die Friedensgemeinde San José de Apartadó

Liebe Leserinnen und Leser,

pbi musste nach über 10-jähriger Präsenz Anfang des Jahres Indonesien verlassen und das Projekt einstellen. Das ist keine gute Nachricht. Sie ist nicht gut für die begleiteten AktivistInnen in Indonesien und besonders nicht für Papua, wo pbi die letzte verbliebene internationale Menschenrechtsorganisation war. Sie ist aber auch nicht gut für pbi, da das Ende des Projektes die Grenzen der internationalen Schutzbegleitung aufzeigt. Dort, wo die Friedensbrigaden nicht von staatlichen Stellen toleriert werden und auch nicht aufgrund internationalem Druck toleriert werden müssen, reichen unter Umständen einfache Visabestimmungen aus, um die Arbeit fast unmöglich zu machen. Sie mögen sich jetzt fragen wieso „fast“? Fast, weil noch in diesem Sommer ein Erkundungsteam zurück nach Indonesien reist und pbi das Projekt nach Möglichkeiten neu eröffnen wird. Hoffen Sie mit den MenschenrechtsverteidigerInnen und uns auf einen schnellen Erfolg.

Auch das Kolumbienprojekt steht weiterhin vor einer Fülle von Herausforderungen. Diese Ausgabe widmen wir u.a. der von pbi begleiteten Friedensgemeinde San José de Apartadó,

die inmitten des immer noch herrschenden Bürgerkriegs und unfassbar vielen Opfern seit fast 13 Jahren auf ihre Neutralität pocht. Paramilitärs und Guerilla dringen weiterhin mit Waffen in das Dorf ein, ohne jedoch den Friedenswillen der Gemeinde zu brechen.

Desweiteren geben wir einen Einblick in die Probleme, die der Reichtum an Bodenschätzen in Kolumbien mit sich bringt. Der Abbau hat meist verheerende Folgen für Umwelt und Bevölkerung, die oft von ihrem Land vertrieben wird. Für die Rechte der Vertriebenen setzt sich die Organisation MFOPD ein, die bereits seit mehreren Jahren von pbi begleitet wird.

Trotz der vielfach schwierigen Situationen sind wir es selbst, die die Lebensbedingungen der Menschheit verbessern können. Elie Wiese, Friedensnobelpreisträgerin von 1986 sagte einst: „Es mag Zeiten geben, da wir gegen Ungerechtigkeiten machtlos sind, aber wir dürfen nie versäumen, dagegen zu protestieren.“ Wir meinen: Wer ist denn schon machtlos?

Ihre Rundbriefredaktion

peace brigades international (pbi)

peace brigades international ist eine international tätige gewaltfreie Friedens- und Menschenrechtsorganisation. pbi wurde 1981 gegründet und hat sich seither in verschiedenen Ländern erfolgreich für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt. International zusammengesetzte Teams von Freiwilligen begleiten einheimische MenschenrechtsverteidigerInnen und Friedenskräfte und schaffen Raum für Friedensprozesse.

Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung leistet dabei einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt langfristig zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi bekennt sich zu den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Nichteinmischung und wird nur auf Anfrage tätig. Zur Zeit unterhält pbi Projekte in Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Nepal und Indonesien und ist im Rahmen einer Friedenskoalition in Chiapas / Mexiko (SIPAZ) engagiert.

Titelthemen ▶ 3-4

- pbi zieht sich aus Indonesien zurück
- Bundeswehr an Schulen?

Kurznachrichten ▶ 5-7

- Aktuelles aus dem Inland
- Aktuelles aus den Projekten

Interview ▶ 12-13

Der Dokumentarfilm „La Isla“

Service ▶ 14

Vorankündigung: pbi Konferenz

Personalia ▶ 15

Schwerpunkt ▶ 8-11

Die Dilemmata Kolumbiens

Soll Kolumbien seine Bodenschätze fördern oder die Artenvielfalt erhalten? Wie geht es Menschen im Konfliktgebiet? Lesen Sie dazu unsere Schwerpunktartikel.



Titelbild:

Abschied mit Ausblick: Ein pbi-Freiwilliger nach einer Begleitung. Indonesien 2008

Impressum

Hrsg.:

pbi Deutscher Zweig e.V.
Harkortstr. 121
D-22765 Hamburg

Redaktion: Alexander Weber, Suhela Behboud, Johanna Fricke, Johanna Stöppel, Teresa Huhle, Doris Erdmann, Kersten Knoerzer (V.i.S.d.P.), Christoph Behrends, Dagmar Kronenberg, Nicola Borchardt, Ole Wrobel, Patrick Hezel

Beiträge: Bente Hansen, Raphael Vergin, Alexander Weber, Kersten Knoerzer, Suhela Behboud, Ole Wrobel, Knut Henkel, Heike Kammer, Michael Schlegel, Johanna Fricke, Teresa Huhle

Fotos: Juliane Marquardt, Knut Henkel, ISKA, oas, pbi Deutschland, pbi Guatemala, pbi Indonesien, pbi Kolumbien, pbi Mexiko, pbi Nepal

Layout: CREALUX Kommunikationsdesign

Druck: Druckwelten GmbH, Hamburg

pbi zieht sich aus Indonesien zurück

Schweren Herzens nehmen Freiwillige und MitarbeiterInnen Abschied

Nach monatelangem inneren und äußeren Ringen haben sich das Projekt und das Internationale Komitee von pbi dazu entschlossen, die Präsenz in Indonesien nach mehr als zehn Jahren Projektarbeit vorerst zu beenden. Die Schließung ist das Resultat einer Reihe von internen und externen Herausforderungen, die den Schutz der bedrohten MenschenrechtsverteidigerInnen im letzten Jahr unmöglich machten.

Wie im Rundbrief 2-2010 berichtet, waren dem Projekt seit Monaten Reisegenehmigungen in Papua nicht mehr erteilt worden. Schutzbegleitungen außerhalb der Provinzhauptstadt Jayapura waren faktisch unmöglich geworden und der regelmäßige Kontakt zu den zahlreichen Begleiteten in anderen Gebieten Papuas war nur noch per Telefon realisierbar. Auch die Arbeit innerhalb der Stadtgrenzen von Jayapura war von den Behörden aufgrund der geänderten Visasituation der Freiwilligen vor Ort zunehmend zum Erliegen gekommen. Immer mehr Aktivitäten der Arbeit wurden eingestellt, um die indonesischen Angestellten des Projekts keinem zusätzlichen Druck der lokalen Behörden auszusetzen. Im August 2010 wurde das Team schließlich ganz aus Jayapura abgezogen.

Diese Einschränkungen waren nicht mehr tragbar: Die im Sommer 2010 von pbi eingesetzte Strategie-Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass eine Weiterarbeit als lokale Organisation unter den aktuellen strukturellen und legalen Rahmenbedingungen nicht mehr effektiv sei. Die damit verbundenen Gesetze seien zu uneindeutig und restriktiv. In ihrem Abschlussbericht empfahl sie die Schließung des Projekts –zumindest vorerst. Im Januar 2011 war es dann soweit. Nach und nach zogen Freiwillige und ausländische MitarbeiterInnen aus Indonesien ab; am 31.01.2011 wurde das Indonesienprojekt offiziell geschlossen.

In den Monaten zuvor hatten die verbliebenen Freiwilligen alles getan, um den Rückzug so gut wie möglich vorzubereiten: ein Runder Tisch in der indonesischen Hauptstadt Jakarta brachte Begleitete aus Papua, nationale MenschenrechtsaktivistInnen, DiplomatinInnen und indonesische RegierungsbeamtInnen an drei Tagen für Gespräche, Briefings und Diskussionen zusammen. So konnten Kontakte vor Ort geknüpft und vertieft werden. Es wurde aber auch noch einmal deutlich klargestellt und bekräftigt, dass es dringend neuer und effektiver Lösungsansätze für die politische Lage in Papua bedarf.

In anschließenden Gesprächen beriet das Team in Jakarta mit nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, DiplomatinInnen und staatlichen Stellen, wie eine fortwährende Unterstützung der MenschenrechtsverteidigerInnen nach der Schließung des



Freiwillige des Indonesienprojekts kurz vor dem Abflug

pbi-Projekts möglich sein könnte. In einer abschließenden Besuchsreise trafen Freiwillige und MitarbeiterInnen sich im Dezember 2010 ein letztes Mal mit Begleiteten in Papua und sprachen über Auswirkungen des Rückzugs und mögliche alternative Strategien und Kontakte.

Nun plant pbi, eine neue Erkundungsmission nach Indonesien zu schicken. Diese soll zu einer Einschätzung kommen, ob und unter welchen Bedingungen es möglich wäre, pbi's Arbeit in Indonesien wieder aufzunehmen und das Projekt in einem anderen juristischen Rahmen neu zu eröffnen. Außerdem soll sie untersuchen, wie es den begleiteten Organisationen nach pbi's Rückzug aus Indonesien geht und ob die Präsenz von pbi weiterhin benötigt wird.

Bis die Ergebnisse hierfür vorliegen, versucht pbi, mit einer Ansprechperson in Indonesien zumindest einen minimalen Kontakt zu den ehemals Begleiteten in Papua aufrecht zu erhalten und ihre Arbeit, so gut es geht, aus der Ferne zu unterstützen. -- **pbi** *Bente Hansen*



Paul Metsch bezweifelt die Neutralität der Bundeswehr in sicherheitspolitischen Fragen



Axel Kukuk im Einsatz (Kulturhaus III&70)

Das Militär als Akteur der Friedenserziehung?

Podiumsveranstaltung zum Thema „Bundeswehr an Schulen“

Am 18. Mai 2011 diskutierten Jugendoffizier AXEL KUKUK, Pädagoge und Bildungspolitiker KURT EDLER, WILLI BARTELS (GEW) und PAUL METSCH (pbi) im „Kulturhaus III&70“ Hamburg darüber, ob sich die Bundeswehr an der politischen Bildung in Schulen beteiligt sein soll. Durch den Abend moderierte WOLFGANG FLOCKEN vom NDR.

Die Bundeswehr engagiert sich zunehmend an Schulen. So führen Jugendoffiziere sowohl Workshops zur Sicherheitspolitik als auch das mehrtägige Simulationsspiel „POL&IS“ durch.

Bedenken dagegen versuchte zunächst der Jugendoffizier Kukuk zu zerstreuen, indem er betonte, dass die Bundeswehr „ausschließlich auf Nachfrage der Schulen kommt“ und „Jugendoffiziere keine Nachwuchsgewinnung leisten“. Der Auftrag eines Jugendoffiziers sei vielmehr „gegenüber der Gesellschaft zu militärischen und sicherheitspolitischen Fragen Stellung zu nehmen“.

Die Bundeswehr als Bestandteil eines „vielstimmigen Konzerts“ ?

Der Pädagoge Kurt Edler befürwortet grundsätzlich das Engagement der Bundeswehr, sofern eine gewisse Ausgewogenheit gewahrt bleibe. Er begründet dies damit, dass es für SchülerInnen langweilig sei, immer die gleiche Stimme zu hören und deshalb aus Lehrersicht „jeder Gast willkommen ist“. Er ist der Meinung, dass „die Schule ein vielstimmiges Konzert von Meinungsträgern aus der Gesellschaft geben sollte“. Seiner Ansicht nach muss eine moderne aufgeklärte Pädagogik es erlauben, dass all diejenigen, die eine Position bezüglich einer gesellschaftlichen Frage vertreten, auch gehört werden.

Willi Bartels (GEW) ist ebenfalls der Meinung, dass „auf ein Podium immer zwei gehören“. Er spricht sich jedoch strikt gegen eine direkte Beteiligung der Bundeswehr im Bereich

der Bildung aus. So sei aufgrund der größeren Ressourcen, die die Bundeswehr im Gegensatz zu anderen Akteuren habe, die notwendige Ausgewogenheit nicht gewährleistet.

Paul Metsch von pbi, der selbst Workshops zum Thema Konfliktbewältigung an Schulen veranstaltet, gibt zu Bedenken, dass selbst Erwachsene Schwierigkeiten hätten, solch komplexe Sachverhalte, wie sie beim Simulationsspiel „POL&IS“ aufgegriffen werden, zu verstehen. Bei „POL&IS“ sollen sich die SchülerInnen mit globalen Problemen auseinandersetzen und diese lösen, indem sie in die Rolle von Staatsoberhäuptern schlüpfen. Paul Metsch, der an besagtem Simulationsspiel teilgenommen hat, bezweifelt, dass es möglich sei, SchülerInnen derart komplexe Sachverhalte an 2-3 Tagen in der ihr gebührenden Sorgfalt nahezubringen. Dies sei umso gefährlicher, da in dem Spiel der Einsatz des Militärs als ein probates Mittel dargestellt werde, um Konflikte zu lösen.

Die Schüler werden „überwältigt“

Selbst wenn man die Auffassung vertritt, dass militärische Einsätze oder Krieg als tragbare Instrumente der Konfliktlösung an Schulen vermittelt werden sollten, bleibt die Frage, ob es Jugendoffiziere der Bundeswehr sind, die dies mit SchülerInnen kontrovers diskutieren können. So sieht Paul Metsch die Gefahr, dass SchülerInnen schlicht von der Situation „überwältigt“ werden, was nach dem Beutelsbacher Konsens, der die Grundsätze für die politische Bildung festlegt, strengstens zu vermeiden ist. Nach dem Überwältigungsverbot dürfen die Lehrenden SchülerInnen nicht ihre Meinung aufzwingen. Gerade diese Gefahr besteht aber, wenn ein Jugendoffizier der Bundeswehr vor die Klasse tritt. Es stellt sich daher die berechtigte Frage, ob es nicht vielmehr die Aufgabe der Lehrer sein und bleiben sollte, die SchülerInnen an so sensible Themen wie die Sicherheitspolitik heranzuführen. -- pbi

Alexander Weber

Wider das Schweigen - Der Kampf gegen die Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechen

Am 12. Mai 2011 richteten Hamburgs Aktive Jurastudierende (HAJ) eine Diskussionsveranstaltung zu dem Thema „Wider das Schweigen - Der Kampf gegen die Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechen“ aus. Die Veranstaltung fand an der Universität Hamburg statt. Redner waren der Rechtsanwalt Dieter Magsam (RAV), Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck (Generalsekretär des ECCHR) und Sozialanthropologin Annette Fingscheidt (pbi). Die Moderation des Abends übernahm Nassim Madjidian (HAJ).

Die Redner unterstrichen wie wichtig die Aufarbeitung schwerster und massenhafter Menschenrechtsverletzungen für die Zukunft der betroffenen Gesellschaften sei. Dazu gehöre die Entschädigung der Opfer ebenso wie die Aus-

söhnung der Konfliktparteien nach dem Ende bewaffneter Konflikte oder diktatorischer Regime.

Wenn die Verfolgung makrokrimineller Verbrechen auch nicht für jeden Staat bzw. jede Region die einzig heilbringende Lösung sei, komme ihr dennoch in vielen Staaten eine für die Vergangenheitsbewältigung herausragende Bedeutung zu. Annette Fingscheidt und Wolfgang Kaleck gaben den Zuhörern vor diesem Hintergrund einen Einblick sowohl in die unterschiedlichen politischen und juristischen Rahmenbedingungen in Guatemala und Argentinien als auch in die Arbeit nationaler und internationaler Foren wie z.B. dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR).



Amnesty International (AI) verleiht Menschenrechtspreis an Abel Barrera



Abel Barrera, Träger den Amnesty International Menschenrechtspreis 2011

Abel Barrera ist Leiter des mexikanischen Menschenrechtszentrums „Tlachinollan“ und wird aufgrund mehrfacher Morddro-

hungen seit 2003 von pbi begleitet. Tlachinollan recherchiert Fälle von „Verschwindenlassen“ und von Übergriffen durch das Militär. Mehrere Fälle von Vergewaltigung und Misshandlung durch Soldaten haben die Anwälte des Zentrums, wie z.B. im Fall von Valentina Rosendo, bereits vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht.

Für seine Arbeit wurde Abel Barrera am 27. Mai 2011 von Amnesty International (AI) in Berlin der Menschenrechtspreis verliehen. AI begründete ihre Preis-Entscheidung damit, dass Abel Barrera und die Tlachinollan-Mitarbeiter sich seit

1994 unermüdlich und unter hohem persönlichen Risiko für die Rechte der indigenen Bevölkerung im Bundesstaat Guerrero einsetzen. Dank ihrer strategischen Arbeit wirke Tlachinollan über Guerrero hinaus und trage zur Stärkung der Menschenrechte in ganz Mexiko bei.

Abel Barrera bedankte sich bei AI für ihre öffentliche Solidarität und bei pbi für die physische und politische Begleitung. Er wies besonders darauf hin, dass durch pbi ihm und seiner Organisation die Aufmerksamkeit der europäischen Botschaften sicher ist.

Ausstellung „Jeder Mensch hat Rechte“ in der St. Petri-Kirche Hamburg

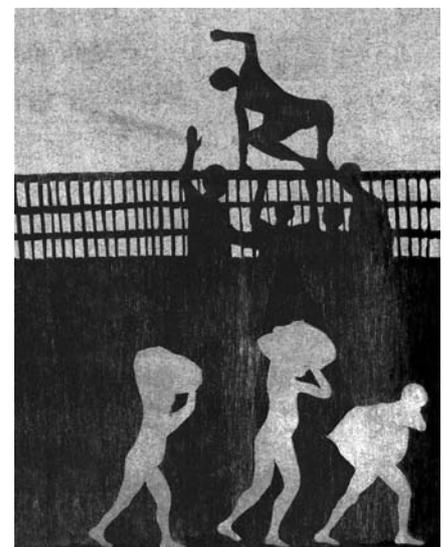
pbi gelang es in Kooperation mit Amnesty International, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) und der Katholischen Akademie Hamburg erneut die St. Petri-Kirche in Hamburg als Ausstellungsort zu gewinnen. Bereits im letzten Jahr hatte dort die Ausstellung „Elisabeth Käsemann – Ein Leben in Solidarität mit Lateinamerika“ stattgefunden.

Die Ausstellung „Jeder Mensch hat Rechte“ wurde am 17. Mai feierlich eröffnet und ist eine der vielen Veranstaltungen die pbi im Rahmen seines 30-jährigen Jubiläums (mit-)veranstaltet. Die StudentInnen des Fachbereichs „Buchillustrationen“ der HAW haben in ihren Arbeiten versucht, die Artikel der UNO-Menschenrechtserklärung zu inter-

pretieren und ihnen in Bildern Ausdruck zu verleihen. Dies ist ihnen auf beeindruckende Weise gelungen. Jede einzelne Arbeit zeichnet sich dabei durch ihren eigenen Stil und ihre eigene Technik aus.

Zum Abschluss der Ausstellung wurde der Menschenrechtler Abel Barrera, der im Rahmen des Mexico-Projekts seit 2003 von pbi begleitet wird und in diesem Jahr für sein Engagement den Amnesty-Menschenrechtspreis verliehen bekam, eingeladen. Er sprach am 06. Juni über die Situation der Indigenen in Mexico.

Bild rechts: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren“



Nepal

Nepal verlängert die Frist für die Ausarbeitung der Verfassung erneut um ein Jahr:

Nepal hat seit Anfang März 2011 mit Jhala Nath Khanal (Kommunistische Partei Nepals – Vereinigte Marxisten / Leninisten (CPN-UML) endlich einen Premierminister. Allerdings ist die Frist, die sich die Parteien gegeben haben, um sich auf eine neue Verfassung zu einigen, erneut um ein Jahr vom 28. Mai 2011 auf den 28. Mai 2012 verlängert worden.

Das Näherrücken des Termins schürte in den letzten Monaten Unruhen, insbesondere in der Terai Region, wo verschiedene ethnisch-politische Gruppierungen aktiv sind. Durch Demonstrationen und Streiks im März und April dieses Jahres machte vor allen anderen die Organisation „Tharuhat Autonomous State Council“ auf ihre Forderungen aufmerksam. Sie verlangen mehr Autonomie und Rechte für die Volksgruppe der Tharu, die im früheren Kastensystem zur diskriminierten Kaste der Dalit gehörten. Durch Bombenanschläge in öffent-



Kashiram Dhungana vom Advocacy Forum in Bardiya mit pbi Begleitung

lichen Verkehrsmitteln, zu welchen sich die bewaffnete Gruppe „Janatantrik Terai Mukhti Morcha (Bhagat Singh)“ bekannte, wurden im März und April 20 Menschen verletzt und eine Person getötet.

Wider der Straflosigkeit: Unterstützt von pbi haben Anwälte der Menschenrechtsorganisation „Advocacy Forum“ am 8. April einen der vielen Morde aus der Zeit des Bürgerkriegs offiziell registriert. Der Sekundarschullehrer Muktinath Adhikari war vor 9 Jahren von maoistischen Streitkräften getötet worden, wie in vielen anderen Fällen ohne Konsequenzen für die Täter. Schätzungsweise gibt es in Nepal derzeit 300 000 ähnlicher Fälle. Die Registrierung des Mordes in der Polizeidienststelle Lamjung stellt einen großen Erfolg im Kampf um mehr Gerechtigkeit dar. Das Thema Straflosigkeit ist auch ein umstrittener Punkt in der Einigung über die neue Verfassung. Verschiedene Organisationen von Bürgerkriegsopfern reichten bei der Verfassungsgebenden Versammlung Vorschläge ein, um unter anderem die Klausel über Fälle von gewaltsamen Verschwundenen mitzugestalten. Sie fordern erstens: keine Einschränkungen in der Strafverfolgung und zweitens: vor der Exhumierung die Familie des/der Toten zu Rate zu ziehen.

Mexiko

Menschenrechtsverteidiger in Guerrero ermordet:

Am Morgen des 4. Mai wurde Quetzalcóatl Leija Herrera, vom „Zentrum für Studien und Projekte der Integralen humanitären Entwicklung“ (CEPRODEHI), in Chilpancingo brutal ermordet. Das CEPRODEHI ist ein Zusammenschluss von MenschenrechtsverteidigerInnen, die sich für die Rechte Homosexueller in Guerrero einsetzen. Quetzalcóatl organisierte seit Jahren einen schwul/lesbischen Marsch in Guerrero. Er setzte sich für ein Gesetz ein, das die Ehe zwischen Personen gleichen Geschlechts ermöglichen soll. Gleichzeitig eröffnete er eine Kampagne, die eine Untersuchung 16 homophober Verbrechen im Jahr 2009 fordert. Das Observatorium zum Schutz der MRV verurteilt die Ermordung und fordert, eine sofortige Untersuchung einzuleiten. Gleichmaßen drängt es darauf, die Sicherheit sowie die physische und psychische Integrität der MRV zu garantieren. pbi beobachtete in den letzten Jahren die Situation des CEPRODHI.

Umweltschützer in Guerrero ermordet:

Am 18. April wurde Javier Torres Cruz von einer Gruppe bewaffneter Männer erschossen. Javier Torres war Mitglied der Umweltschutzorganisation

„Organización Ecologista de la Sierra de Coyuca y Petatlán“ und engagierte sich gegen Waldrodung im Hochland von Petatlán. Der Tötung von Javier Torres gingen eine ganze Reihe von Übergriffen und Einschüchterungsversuchen gegen ihn und seine Familie voran. Er war einer der Hauptzeugen in der Untersuchung des Mordfalles Digna Ochoa und sagte 2007 im Prozess gegen den lokalen Kaziken Rogaciano Alba Alvarez aus. Im Dezember 2008 wurde er verschleppt und zehn Tage lang von Militärs gefangen gehalten und gefoltert. Mexikanische Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass Javier Torres Cruz ermordet wurde, weil er sich vehement gegen die vom Militär in Petatlán verübten Menschenrechtsverletzungen gewandt hatte. Die mexikanischen Behörden haben bis heute keine Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes eingeleitet.

Neue Begleitung in Oaxaca:

Das Komitee der integralen Verteidigung der Menschenrechte (Código-DH) wird seit Januar 2011 von pbi in Oaxaca begleitet. Die Organisation setzt sich gegen Straflosigkeit ein und unterstützt Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen. Viele ihrer MitarbeiterInnen kommen aus der Organisation



Alba Cruz vom Komitee der integralen Verteidigung der Menschenrechte

„Comité de Liberación 25 de Noviembre“, die seit 2009 von pbi begleitet wird. So auch die Rechtsanwältin Alba Cruz, die vor kurzem erneut Morddrohungen erhielt. Die andauernde Bedrohung gegen Mitarbeiter und KlientInnen von Código-DH zeigen, dass die Situation für MRV in Oaxaca besorgniserregend bleibt. Dies ist ein klares Signal an pbi, Alba Cruz und die MitgliederInnen von Código-DH weiterhin zu schützen.

Neues Boletín „¿Cuanto Mas?“ erschienen:

Am 1. Juni ist das neue Boletín des Mexikoprojektes in Spanisch und Englisch erschienen. Die Spezialausgabe informiert über den fortlaufenden Prozess um eine staatliche Einführung von Schutzmechanismen für MRV in Mexiko.

Kolumbien



Laura Nägele begleitet Berenice Celeyta und Olga Araújo von NOMADESC

Bedrohungen im Valle del Cauca: Pbi ist sehr besorgt über zahlreiche Bedrohungen, die Anfang des Jahres im Departement Valle del Cauca gegen begleitete Organisationen ausgeübt

wurden. So bekam z.B. die Vereinigung für Forschung und Soziales Handeln (Nomadesc) am 6. Januar einen Drohanruf in ihrem Büro in Cali. Nomadesc führt seit 1999 Bildungsprogramme im Menschenrechtsbereich aus. Die Vorsitzende der Organisation, Berenice Celeyta, wurde Opfer der 2004 bekanntgewordenen „Operation Drache“, bei der das Militär eine illegale Zusammenstellung von Informationen zahlreicher Menschenrechtsverteidiger in Cali vornahm.

Anklage gegen David Ravelo Crespo erhoben: Gegen den Menschenrechtsanwalt David Ravelo Crespo der Organisation CREDHOS aus Barrancabermeja wurde Anklage erhoben. Ihm wird vorgeworfen 1991 an einem Mord beteiligt gewesen zu sein. Die ihn belastenden Aussagen stammen größtenteils von ehemaligen Paramilitärs. Das Kolumbi-



Der Menschenrechtsanwalt David Ravelo Crespo

enprojekt von pbi hat daher eine Eilaktion ausgelöst und pbi-Deutschland hat zahlreiche Abgeordnete angeschrieben und um Unterstützung in dem Fall gebeten. Die Forderung an den kolumbianischen Staat lautet, einen fairen Prozess zu garantieren.

Guatemala / Honduras



Alfonso Portillo bleibt weiterhin in Haft

Ex-Präsident Portillo freigesprochen: Im Mai wurde der ehemalige Präsident Guatemalas, Alfonso Portillo (59) von Korruptionsvorwürfen freigesprochen. Während seiner Amtszeit von 2000 bis 2004 soll er Staatsgelder in Höhe von 15 Mio. US-Dollar veruntreut haben. Das zuständige Gericht wertete mit knapper Mehrheit die von der Anklage vorgelegten Beweise als nicht ausreichend. Die seit Dezember 2010 amtierende Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz verließ kurz nach Verlesung des Urteils aus Protest den Saal und hat mittlerweile Berufung gegen das Urteil eingelegt. Aufgrund von Auslieferungsanträgen der USA und Frankreichs bleibt Portillo weiterhin in Haft.

PBI illegaler Aktivitäten beschuldigt: Im März wurden 18 Fincas im Tal von Polochic, Alta Verapaz gewaltsam geräumt.

Landarbeiter hatten sich auf den brachliegenden Grundstücken niedergelassen und sich auf das Landrecht ihrer Vorfahren berufen. Das Unternehmen Chabil Utzaj, das sich ebenfalls als Besitzer der Grundstücke sieht, möchte diese nun in Erwartung des Biosprit-Booms versteigern lassen. Bei der gewaltsamen Räumung durch Sicherheitskräfte des Unternehmens und die Nationale Zivilpolizei kam ein Landarbeiter ums Leben, mehrere andere wurden verletzt. PBI distanzierte sich von den Anschuldigungen der auflagenstärksten Tageszeitung Guatemalas, in dieser Sache voreingenommen zu handeln und mögliche illegale Aktivitäten zu unterstützen.

US-Kongressabgeordnete gegen weitere Tätigkeiten in der Mine Marlin: 15 ParlamentarierInnen aus den USA riefen im April den guatemaltekischen Präsidenten Álvaro Colom auf, den Betrieb der Mine Marlin einzustellen. In ihrem Brief erinnerten sie an eine entsprechende Resolution der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) und wiesen auf die schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung und die Umweltauswirkungen des Bergbauprojekts hin. Die CIDH hatte bereits rechtliche Schritte angedroht, sollte die Resolution nicht befolgt werden. Der Betreiber der Mine, die kanadische Firma Goldcorp, weigert sich bisher, notwen-

dige Schutzvorkehrungen vorzunehmen. Projekt-Gegner werden kriminalisiert und bedroht. Das Ministerium für Energie und Bergbau hat unterdessen dem Unternehmen Las Tres Ninas die Genehmigung für ein weiteres umstrittenes Großprojekt erteilt: die Errichtung des Wasserkraftwerks El Orégano in der Nähe von Chiquimula.

Erkundungsmission in Honduras: Das Guatemalaprojekt unternahm im Mai eine Kurzzeitmission nach Honduras. Die Mission geht auf eine Anfrage einer Menschenrechtsplattform zurück, die sich über die zunehmenden Drohungen, Verfolgungen und Morde an MenschenrechtsverteidigerInnen seit dem Putsch 2009 besorgt. Da es bisher keine internationale Begleitorganisation in Honduras gibt, kam pbi der Anfrage der Menschenrechtsplattform nach.

Ziel der Mission ist es, die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen sichtbar zu machen und die Organisationen moralisch zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde ein Bericht von der Mission erstellt und veröffentlicht. Zudem ist analysiert worden, inwieweit pbi auf Notsituationen in lateinamerikanischen Ländern ohne ständige pbi Präsenz vor Ort reagieren könnte. Hierzu soll ein Vorschlag für die diesjährige Generalversammlung erstellt werden.



Die fünf Regeln der Friedensgemeinde San José de Apartadó. Dorfeingang von La Unión

Friedliche Insel mitten im Krieg

Die Friedensgemeinde San José de Apartadó

Der Logik des Bürgerkriegs verweigert sich die Friedensgemeinde von San José de Apartadó. Seit knapp 13 Jahren pocht die aus rund 220 Familien bestehende Dorfgemeinschaft in Kolumbien auf ihr Recht auf Neutralität. Von den kriegführenden Akteuren wird das nicht respektiert, doch die internationale Solidarität hat den Bauern neue Perspektiven eröffnet.

Schweißperlen schimmern auf der Stirn von Bernardo Gómez als er die Hochebene erreicht. Ein letztes Mal treibt er die Mulis an, die allerlei Güter für La Unión, ein abgelegene Dorf im Hinterland der kolumbianischen Bananenregion Urabá, tragen. Dann taucht das Gatter auf, das den Eingang zur Comunidad de Paz San José de Apartadó markiert. Daneben steht ein großes buntes Blechschild mit dem Symbol der Friedensgemeinde von San José de Apartadó - der zwischen den grünen Hügeln aufgehenden Sonne. Neben dem Symbol sind in dicken schwarzen Lettern die fünf Regeln aufgeführt, die in La Unión genauso wie in den anderen Dörfern und Weilern gelten, die sich zur Friedensgemeinde zusammengeschlossen haben.

„Im März 1997 war das“ erklärt Berta Tuberquia. „Damals haben wir die Gründungsurkunde unten in San José im Bei-

sein von Vertretern der Diözese von Apartadó und von Pater Javier Giraldo unterzeichnet“, so die 36-jährige Frau mit den hochgesteckten schwarzen Haaren. „Die Haltung auf unsere Neutralität, auf eine pazifistische Lebensweise zu bestehen, ist schließlich auch eine christliche“, erklärt die sympathische Frau, die Besucher in La Unión oft in Empfang nimmt. Berta Tuberquia ist die einzige Frau im Rat, dem siebenköpfigen Führungsgremium der Friedensgemeinde. Zu dem gehört mit Wilson David Higueta ein weiteres Dorfmitglied und gemeinsam haben die beiden die pazifistische Dorfgemeinschaft auch schon im Ausland vertreten.

Überleben mitten im Krieg

Eine Dorfgemeinschaft zwischen allen Stühlen, denn in Kolumbien tobt nach wie vor ein Bürgerkrieg. Der ist auch kaum zu übersehen, denn auf dem Weg von San José de Apartadó, dem kleinen Dorf, in dem die Friedensgemeinde vor über zwölf Jahren gegründet wurde, ins zwei Stunden Fußmarsch entfernte La Unión tauchen mehrfach schwerbewaffnete Uniformierte auf – Armeeangehörige. Doch auch die Guerilla und die Paramilitärs agieren in der fruchtbaren, von Hügeln dominierten Region nahe der Grenze zu Panama. „Keiner der bewaffneten Akteure respektiert unser Recht auf



Berta Tuberquia, Mitglied des Gemeinderats

Neutralität. Immer wieder drangen sie mit ihren Waffen in unsere Dörfer ein“, klagt Berta und streicht sich eine Haarsträhne aus der Stirn. Waffen sind auf dem Gebiet der Gemeinde genauso verboten wie die Unterstützung der bewaffneten Akteure. „Zudem verpflichten sich die Mitglieder der Friedensgemeinde gegen die Straflosigkeit, in Kolumbien weit verbreitet, einzutreten und Gemeinschaftsarbeit zu leisten“ erklärt die kleingewachsene Frau und deutet auf das Blechschild neben dem Gatter. Dort sind die Regeln aufgeführt, die international einige Beachtung, national aber eher Anfeindungen hervorgerufen haben. Von der Guerilla wurde die Friedensgemeinde mehrfach der Kollaboration mit der Armee und den Paramilitärs bezichtigt und umgedreht ist es nicht anders. „Es ist sehr schwer mitten im Krieg zu leben“, sagt die Ratsfrau mit leiser Stimme und stapft in ihren Gummistiefeln auf den nach allen Seiten offenen Versammlungspavillon in der Mitte des kleinen Dorfes zu. 48 Familien leben derzeit in La Unión und gegen Abend trifft man sich in aller Regel im Pavillon, um alles nötige für den folgenden Arbeitstag zu planen.

Auch Wilson Higuita, Bertas Compañero im Rat der Friedensgemeinde, ist gerade von der Arbeit in einer der Bananenplantagen des Dorfes zurückgekommen. „Wir arbeiten immer in kleinen Gruppen, denn es ist zu gefährlich allein unterwegs zu sein“, erklärt der 34-jährige Familienvater mit dem dünnen Bärtchen auf der Oberlippe. 195 Mitglieder der Friedensgemeinde wurden seit der Gründung ermordet. Ein immenser Blutzoll angesichts von derzeit rund 1350 Bewohnern. Unnötige Risiken werden daher strikt vermieden. „Wenn bewaffnete Akteure im Umfeld des Dorfs unterwegs sind, wird im Dorf gearbeitet“, erklärt Wilson Higuita und schiebt den Hut in den Nacken. Im Dorf ist es sicher, dafür sorgt die Präsenz der internationalen Begleitorganisationen. Neben

den internationalen Friedensbrigaden (pbi) sind Freiwillige von Fellowship of Reconciliation (FOR), einer Begleitorganisation aus dem englischsprachigen Raum, und auch italienische Freiwillige regelmäßig in La Unión und dem zweiten großen Dorf der Gemeinde, San Josecito, präsent.

„Wir sind der Fisch, aber die Kraft zu schwimmen gibt uns erst die internationale Solidarität“, erklärt Berta mit fester Stimme und streichelt der jüngsten ihrer insgesamt fünf Kinder den Kopf. Über dreizehn Jahre schwimmt die Gemeinde nun bereits gegen den Strom und der Schlag der Flossen wird stärker. Das hat auch damit zu tun, dass die ökonomischen Perspektiven, die sich die Bauern in den letzten Jahren aufgebaut haben, langsam zu tragen beginnen.

Perspektiven aus dem Bioanbau

„Vor etwa acht Jahren haben wir uns entschieden auf ökologischen Anbau umzustellen. Mittlerweile sind unsere Anbauflächen zertifiziert und wir verkaufen unseren Kakao und unsere kleinen Bananen an Fair Trade-Unternehmen in Deutschland“, erklärt Wilson Higuita. Er selbst hat den Kontakt zum Bananeimporteur BanaFair mit aufgebaut und seit einigen Monaten verlässt alle zwei Wochen ein Container mit Bananitos den Hafen von Cartagena in Richtung Deutschland. Vor allem in Weltläden werden die kleinen schmackhaften Bananen angeboten und der Friedensgemeinde bringen die Früchte eine kontinuierliche Einnahme. „Das ist ein immenser Vorteil gegenüber dem Kakao“, erklärt der Bananenexperte des Dorfes, Javier Sánchez. Der wird schließlich nur einmal geerntet und die Erträge sind in den letzten Jahren rückläufig. Klimatische Probleme, vor allem zu viel Feuchtigkeit, macht der 38-jährige Sánchez dafür verantwortlich, dass die Menge der aromatischen Bohnen, die in diesem Jahr an die Fair Trade Company Gepa nach Wuppertal verkauft wird, wohl erneut sinken wird. Doch mit den beiden Partnern aus Deutschland steht die Friedensgemeinde ökonomisch merklich besser da, freut sich Berta Tuberquia. Alle zwei Wochen steht sie an der Packstation in La Unión und klebt das Logo der Gemeinde auf jede zweite oder dritte Banane. Die werden - sorgsam in Pappkartons verpackt - auf dem Rücken der Mulis dann ins Tal nach San José de Apartadó geschafft. Keine einfache Tour für den Multitreiber Bernardo Gómez. Ohne die kleinen Bananen wäre es um die Perspektiven der Gemeinde jedoch schlecht bestellt. -- pbi

Knut Henkel



No Logo!? Bananen für den deutschen Markt



copyright: Michael Andre May / pixello.de

Der Kohlebergbau bedroht die Artenvielfalt.

Blutige Kohle aus Kolumbien für deutsche Kraftwerke

Tagebau in der Hand internationaler Konzerne

„Kohle aus Kolumbien brennt gut. Aber seid euch bewusst, dass ihr blutige Kohle einkauft“, sagt Luis Alberto Rojas, Präsident einer Vereinigung von Vertriebenen in Kolumbien. Das lateinamerikanische Land besitzt nach Brasilien die größten Kohlevorkommen in Südamerika. In den letzten zehn Jahren wurde der Abbau stark gesteigert und neue Bergbauprojekte sind in der Planung. Umweltschützer befürchten massive Abholzungen und gravierende Schäden am Urwald durch den Tagebau. Kleinbauern und indigene Bevölkerung fürchten, von ihrem Land vertrieben zu werden.

Luis Alberto Rojas und die kolumbianische Anwältin Julia Figueroa informierten im vergangenen November bei peace brigades international (pbi) in Hamburg über die Probleme, die der Kohleabbau in ihrem Heimatland Kolumbien mit sich bringt. Julia Figueroa ist Mitglied der Anwaltsvereinigung „Luis Carlos Pérez“. Luis Alberto Rojas ist Präsident der Organisation „Mesa de Fortalecimiento a Organizaciones de Población Desplazada de Norte de Santander“, die die Rechte von Vertriebenen im Nordosten Kolumbiens stärkt. Die Anwaltsvereinigung wird bereits seit mehreren Jahren von pbi begleitet.

ZFD-Friedensfachkraft Moritz Hartnagel hält in der Hauptstadt Bogotá die Fäden zusammen: er analysiert die politische Lage im Land, versorgt die pbi-MitarbeiterInnen in den Teams mit den entsprechenden Informationen und führt Workshops zum Thema Sicherheit durch. Dies ermöglicht den MitarbeiterInnen von pbi, der Anwaltsvereinigung sicheren Begleitschutz zu geben.

Kohleabbau bedroht nicht nur die Artenvielfalt

Anwältin Julia Figueroa schwärmt von der, wie sie es nennt, „Megadiversität“ ihres Heimatlandes. Sie meint damit die beeindruckende Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt des Urwalds, die verschiedenen Klimazonen des Landes und die große Zahl indigener Volksgruppen. Zudem ist das Land reich an Bodenschätzen. Nur das Nachbarland Brasilien hat größere Kohlereserven.

Genau dieser Reichtum bereitet Julia Figueroa Kopfzerbrechen. In den letzten 10 Jahren hat sich die Ausbeutung der Kohlevorkommen mehr als verfünffacht. Dabei verbraucht Kolumbien nur einen Bruchteil der geförderten Kohle selbst.



copyright: Michael Andre May / pixello.de

Den Bergbau betreiben internationale Konzerne

Der Löwenanteil ist für den Export bestimmt. Deutschland, so berichtet Julia Figueroa, sei ein großer Abnehmer kolumbianischer Kohle. Und ständen in Deutschland Kohlekraftwerke vor allem wegen ihrer Emission der Kritik, so entstehe durch den Kohleabbau in Kolumbien ein ganzes Geflecht kaum absehbarer Konsequenzen.

Bergbau in der Hand der Konzerne

Als Beispiel nennt Julia Figueroa die Kohleförderung in der La-Guajira-Region im äußersten Norden Kolumbiens. Dort wird seit gut zwanzig Jahren Kohle im Tagebau, also unter freiem Himmel, abgebaut. Die Cerrejón-Mine in La Guajira zählt zu den größten Tagebaugruben der Welt. Den Landkreisen um die Mine habe der Bergbau jedoch nichts gebracht: Die Gegend zähle zu den ärmsten Regionen des Landes. Luis Alberto Rojas fügt hinzu, dass seines Wissens kein einziger Kleinbauer oder Indigener in Kolumbien eine Mine betreibe. Die Lizenzen für die Ausbeutung der Bodenschätze gingen an große, oft ausländische Unternehmen. Die Gewinne aus der Kohleförderung würden folglich zu einem großen Teil von Konzernen im Ausland abgeschöpft werden.

Unter dem Urwald liegt die Kohle

In der Region Catatumbo haben acht große Bergbauunternehmen, darunter fünf ausländische, die Genehmigung zum Kohleabbau erhalten. Verschiedene indigene Volksgruppen leben dort. Es gibt viele Kleinbauern und wenig gut ausgebaute Straßen. Dreiunddreißig Wasserläufe durchziehen den Urwald und münden in den Catatumbo-Fluss, der der Region ihren Namen gegeben hat. Die Vielfalt der Tier und Pflanzenwelt im warmen subtropischen Klima an der Grenze zu Venezuela ist beeindruckend.

Genau unter diesem Gebiet liegen Kohlevorkommen von immensem Ausmaß. Unter einem Areal von 25.000 Hektar werden 300 Millionen Tonnen Kohle vermutet, die in den nächsten 30 Jahren ausgebeutet werden sollen. Beginnend mit 60.000 Tonnen solle die Jahresausbeute schnell auf 790.000 Tonnen erhöht werden.

Der Tagebau würde den Primärwald über den Kohlevorkommen unwiederbringlich vernichten. Mehr noch: Er würde das Ökosystem der gesamten Region gefährden. Denn wenn die Kohleschichten im warmen Klima freigelegt werden, besteht die Gefahr, dass sie sich entzünden. Solche Brände sind kaum zu löschen. Um sie zu verhindern, müssen die Kohleschichten bewässert werden. Für den enormen Wasserbedarf sollen die Flüsse Catatumbos erhalten. Folgeschäden wären vorprogrammiert.

Indigene fürchten Vertreibung

Was die Indigenen und Kleinbauern gegen den Abbau der Kohle haben, ist mehr eine hypothetische Frage. Wenn Alberto Rojas sie beantwortet, weiß er, wovon er spricht. Er wurde selbst vertrieben, musste mit seiner Familie flüchten, weil es in dem Ort, wo er lebte, zu gefährlich wurde. „Die Indigenen und die Kleinbauern kennen die 60-jährige Geschichte der Ölförderung in Kolumbien. In deren Anfangszeit wurden 20.000 Indigene ermordet. Sie kennen den Kohleabbau in La Guajira und wissen, was mit ihrem Land geschieht, wenn Kohle im offenen Tagebau abgebaut wird. Die Ausbeutung der Kohlevorkommen führt in Kolumbien generell zu weiterer Vertreibung und zur Auslöschung der Bauern und Kleinbauern in der Region Catatumbo.“

Aktuell leben in Kolumbien 45 Millionen Menschen, zehn Millionen davon in großer Armut. Sieben Millionen sind Bauern und Kleinbauern – und 4,3 Millionen Menschen wurden Opfer von Vertreibung.

Kohle aus Kolumbien in deutschen Kraftwerken

In den Augen der indigenen Bevölkerung und der Kleinbauern sieht die Zukunft der Region Catatumbo düster aus. Sie befürchten, von ihrem Land vertrieben zu werden. Sie bangen um den Urwald ihrer Heimat, der gerodet wird, um die Kohle abzubauen. Die Infrastruktur für den Bergbau wird die Umwelt weiter schädigen: Eine Straße soll von Catatumbo bis nach Santa Marta an der Karibikküste gebaut werden. Von dort soll die Kohle per Schiff verfrachtet werden, unter anderem nach Deutschland. Allein mit den 300 Millionen Tonnen aus Catatumbo ließe sich ein deutsches Kohlekraftwerk 150 Jahre lang betreiben.

Julia Figueroa zeigt ein Bild der Erde bei Nacht. Helle Flecken zeigen an, wo es nachts hell erleuchtet ist, wo Menschen also viel Energie verbrauchen und wo damit die Nachfrage nach Energie aus Kohle besonders hoch ist. In der Region Catatumbo ist es auf der Weltkarte stockdunkel. -- pbi

Ole Wrobel

„Es war wichtig, sich diese Meinungsfreiheit in Guatemala zu erkämpfen“

Ein Interview mit dem Filmemacher Uli Stelzner



Das Plakat zum Film „La Isla“

Als bisher einziger Filmemacher durfte ULI STELZNER im Archiv der Nationalpolizei Guatemalas drehen. So entstand der Dokumentarfilm „La Isla – Archive einer Tragödie“. Der Film erzählt die Geschichte des Archivs, das um die 80 Millionen Dokumente aus über 100 Jahren umfasst, darunter die gesamte Zeit des Bürgerkriegs (1960-1996). Die meisten Verbrechen des damaligen Regimes sind bis heute nicht aufgeklärt. Viele der Täter nehmen noch heute hochrangige Posten in Politik und Militär ein. Welche Brisanz der Dokumentarfilm hat, zeigte die Premiere des Films im April 2010 in Guatemala-Stadt vor etwa 6000 ZuschauerInnen, die von Bombendrohungen und Sabotage der Stromversorgung begleitet war. SUHELA BEHBOUD und ANDREAS KNÖRRER sprachen mit dem Regisseur in Hamburg.

pbi-Rundbrief: La Isla ist nicht der erste Film, den du in Guatemala gedreht hast. Wie kam deine Verbindung nach Guatemala zustande?

Uli Stelzner: 1989 sind in Guatemala zehn Studieren-



Polizeiausbildung neben dem Archiv der Nationalpolizei

denvertreterInnen entführt und ermordet worden. Es gab einen Überlebenden, der eine Informations- und Rundreise in Deutschland gemacht hat. Ich war damals im ASTA in Kassel. Er hat uns nach Abschluss seiner Reise gebeten, eine bundesdeutsche Studierendendelegation nach Guatemala zu schicken. Die haben wir zusammengestellt und sind nach Guatemala gefahren, um dort Gespräche mit dem Präsidenten, Innenminister, der Polizei und dem Menschenrechtsprokurator zu führen. Das war 1990. Seither besteht diese Verbindung.

Das Archiv liegt auf dem Gelände einer Polizeischule in Guatemala Stadt. Im Film sieht man Sequenzen von marschierenden Polizeieinheiten auf dem Übungsplatz. Warum diese Bilder?

Die Einheiten praktizieren ihre Übungen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Polizeiarhiv und das hört man im Archiv permanent. Um diesen psychologischen Druck zu veranschaulichen, haben wir sie gefilmt. Man kann es natürlich auch als ein abstraktes Bild für die Militarisierung Guatemalas nehmen.

Wenige Tage vor der Aufführung im Nationaltheater von Guatemala Stadt hat es Auseinandersetzungen zwischen Regierung, Diplomatie und rechter Opposition um die Erstaufführung deines Filmes gegeben. Was ist passiert?

Zum einen zeigten gewisse Regierungsstellen Interesse an einer Kopie des Films. Der Druck kam von der Partido Patriota, der Oppositionspartei in Guatemala. Die Befürchtung dieser Partei war, dass die Regierung den Film instrumentalisieren werde, um die Opposition zu diskreditieren. Auf Anraten des Botschafters habe ich dann mit einem Abgeordneten der Opposition zehn Minuten am Telefon gesprochen, und das war es dann. Der Druck der Opposition auf die deutsche Botschaft hat aber zumindest dazu geführt, dass es keine offiziellen Ansprachen im Nationaltheater, weder von Seiten der Bundesrepublik

noch von Seiten der guatemaltekischen Regierung gab.

Der US-Botschafter wollte ebenfalls eine Kopie des Films haben. Auch das habe ich abgelehnt. Wie sich später herausstellte, führte ein Treffen am Vortag zwischen dem US-Botschafter, dem Leiter des Entschädigungsprogrammes und dem Friedenssekretär dazu, dass nur wenige Diplomaten der Einladung zur Erstaufführung gefolgt waren.

Auch als das Polizeiarchiv erstmals einen großen Bericht veröffentlichte, schien die Rolle der USA nicht unbedeutend gewesen zu sein. So wurde das gesamte Kapitel über die Beteiligung der USA bei der Ausbildung der Polizei zensiert. Der Einfluss der USA geht auch heute noch sehr weit. Das sagt jeder im Land. Derjenige, der bestimmt, wo es langgeht, ist der US-Botschafter.

Waren offizielle Genehmigungen seitens der Regierung nötig, um den Film drehen zu dürfen?

Notwendig war nur das Einverständnis des Menschenrechtsprokurators, weil der ein vom Kongress gewählter Staatsvertreter ist. Er gehörte dann auch neben dem Friedenssekretariat zu den Institutionen, die uns unterstützt haben – sowohl logistisch als auch politisch. Man muss wissen, dass unter der Regierung Colom mehr für die Vergangenheit bewältigung und das historische Gedächtnis getan wurde als in allen anderen Regierungen zuvor. Colom ist ja auch betroffen, da sein Onkel in den 70er Jahren Politiker war, und erschossen wurde. Der politische Wille hat sich dadurch geäußert, dass ich im Archiv arbeiten konnte.

Wie geht die Bevölkerung mit dem Archiv um? Und was für Erfahrungen machen die MitarbeiterInnen?

Die Leitung des Archivs hat das Archiv nicht publik gemacht. Bis vor einigen Monaten hatten sie noch keine Email Adresse. Es gibt keinen Empfangsraum, keine einführnden Broschüren. Bis man Informationen aus dem Polizeiarchiv bekommt, kann es Tagen oder Wochen dauern. Es ist offiziell geöffnet, man kann Anfragen stellen und diese werden bearbeitet, aber das dauert. Das Archiv ist mit einer Gedenkstätte nicht zu vergleichen.

Welche Ziele verfolgst du mit deinem Film?

Einen Film zu machen ist immer ein langer Prozess, aber mein Gespür sagte mir, dass der Film wichtig ist. In Guatemala ist es so, dass die meisten Menschen keine Lesekultur haben und ganz viel über Bilder funktioniert. Der Film ist jetzt ein Teil der visuellen Geschichtsschreibung Guatemalas. Es war wichtig, sich diese Meinungsfreiheit in Guatemala zu erkämpfen. Und es passiert jetzt eine ganze Menge.

Diese ganzen Grausamkeiten, diese Verbrechen, auch die Zahl der Toten sind eine Statistik. Was 45.000 Verschwundene für ein kleines Land bedeuten, ahnt man anfangs nicht. Unabhängig von den persönlichen und menschlichen Verlusten wird die Psyche einer Gesellschaft und das gesamte soziale Netzwerk völlig zerstört, und das über mehrere Generationen. Ich kenne Leute aus dem Archiv, ich kenne auch ihre Generation ganz gut und wollte dieser oft als verloren bezeichneten Generation

eine Stimme geben. Ich fand es wichtig, ihre Geschichte zu erzählen. Wenn man das in so einem Film leisten kann, der zwei Generationen umfasst, dann ist das wunderbar.

Du hast einen kritischen Umgang mit deiner Rolle als ausländischer Filmemacher. Was bedeutet das?

Es ist natürlich ein Problem, wenn du als Ausländer kommst, wobei ich mich inzwischen gar nicht mehr als solcher verstehe, weil ich schon mit 19 Jahren auf diesen Kontinent gegangen bin und dort länger gelebt habe. Aber ich habe natürlich Möglichkeiten, die dortige FilmemacherInnen nicht haben, weil es zum Beispiel keine Filmförderung gibt. Das ist ein Ungleichgewicht.

Wir haben mit unseren Filmen erreicht, dass es zu einem Austausch, zu einem gegenseitigen Lernen kommt. Es gibt jetzt auch einen Filmverband, den ich mit gegründet habe. Wir haben die Filme dort viel gezeigt. Die Leute haben gesehen, dass man mit Dokumentarfilmen viel machen kann. So sind ganz viele FilmemacherInnen nachgekommen, die auch unabhängig arbeiten. Es ist schön, so einen Prozess mit unterstützt zu haben.

Als wir „La Isla“ im Nationaltheater gezeigt haben, habe ich daran gedacht, dass wir 18 Jahre vorher unsere Filme vor 15-20 Leuten hinter verschlossenen Türen zeigen mussten. Und heutzutage füllst du mit einem brisanten Film ein ganzes Theater. Das bedeutet, dass etwas passiert ist. Die Dinge brauchen einfach viel Zeit und wenn man sich da von außen in diesen Prozess mit einbringen kann, ist das einfach wunderbar.

Vielen Dank für das Gespräch!



Der Filmemacher Uli Stelzner während einer Filmvorstellung in Köln

Vorankündigung: 30 Jahre Jubiläumskonferenz mit Festakt



Anlässlich ihres 30-jährigen Jubiläums veranstaltet pbi am 27. Oktober 2011 im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin eine internationale Konferenz zum Thema „Bedrohung und Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen“.

Die Konferenz setzt sich zum Ziel, Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger zu formulieren. In mehreren Podiumsdiskussionen und Workshops werden hochrangige VertreterInnen aus der deutschen Politik, internationale Gäste, MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) aus Kolumbien, Nepal, Mexiko, Kenia und Indonesien, sowie ExpertInnen den Dialog suchen. Im Mittelpunkt stehen die Bedrohungsszenarien und Schutzbedarfe von

MRV im Wandel der letzten 30 Jahre. Während internationale Schutzmechanismen zunehmend an Bedeutung gewonnen haben, hat sich an der Situation von MRV oft nichts verbessert. Ein Schwerpunkt der Konferenz werden die Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik zum verbesserten Schutz von MRV sein.

Im Anschluss an die Konferenz feiern pbi mit einem kulturellen Rahmenprogramm ihr 30-jähriges Jubiläum. Alle Interessierte und Freunde sind herzlich zur Konferenz und zum Festakt eingeladen. Da Anmeldungen erforderlich sind, bitten wir den Termin bereits heute vorzumerken.

Anmeldung unter:
konferenz@pbi-deutschland.de

Programm der Konferenz

9:00–9:20 Begrüßung

9:20–10:45 Podium

- Instrumente zum Schutz von MRV und die Rolle der deutschen Außenpolitik

11.15–13.00 Podium

- Bedrohungsszenarien für MRV im Wandel?

13.45–15.45 Workshops

- Straflosigkeit und die Inszenierung von Strafprozessen
- Benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Menschenrechtsverteidiger/-innen an der Basis
- Länderbezogene Konflikt- und Akteursanalysen als Voraussetzung für effektive Schutzmechanismen für MRV

16:15–18:00 Schlussfolgerungen und Zusammenführung der Ergebnisse

18:00–22:00

Jubiläumfest 30 Jahre pbi

Glossar

MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV): Personen, die sich friedlich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Sie sorgen durch Beobachtung und Anklagen dafür, dass die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Verschwindenlassen: Verschwindenlassen gilt vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Es bedeutet, dass Personen mit Duldung des Staates oder einer politischen Organisation festgenommen oder entführt werden. Angehörigen und Freunden wird keine Auskunft über den Verbleib dieser Personen erteilt. Die Begriffe „gewaltsames Verschwindenlassen“ oder „erzwungenes Verschwinden“ bezeichnen das selbe Vorgehen.

Advocacy und Lobby: Advocacyarbeit ist Unterstützung auf politischem und diplomatischem Wege für die Ziele und den Erfolg begleiteter Orga-

nisationen und deren Vorhaben. Lobbyarbeit bezieht sich dagegen auf die eigenen Ziele und Vorhaben, z.B. auf die öffentliche Präsenz von pbi.

NGO: Steht abgekürzt für „non-governmental organization“, auf deutsch „Nichtregierungsorganisation“. Mit dem Begriff werden Organisationen aus der Zivilgesellschaft bezeichnet. Sie agieren unabhängig von Regierungen.

Eilaktion: Bedeutet bei pbi das Aktivieren des sogenannten Alarmnetzes. Die pbi-Ländergruppen machen in Briefen an PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen auf einen besonders dringenden Vorfall aufmerksam und fordern zum Handeln auf.

Indigen: von lateinisch „indigenus“: eingeboren, einheimisch.. Mit indigenen Völkern sind meist Volksgruppen gemeint, die in einer Region bereits vor der Einwanderung anderer Völker gelebt haben. Indigene Volksgruppen bilden oft Minderheiten und

sind Unterdrückung und Vertreibung ausgeliefert.

Interamerikanischer Menschenrechtsgerichtshof: Das Gericht mit Sitz in Costa Rica ist unabhängig, ihm liegt die amerikanische Menschenrechtskonvention von 1979 zugrunde. Seine Aufgabe ist es, für die Einhaltung der Menschenrechte in den Ländern der „Organisation amerikanischer Staaten“ (OAS) zu sorgen. Seine Urteile sind für die Unterzeichner der amerikanischen Menschenrechtskonvention bindend.

Interamerikanische Menschenrechtskommission: Die 1959 gegründete Kommission mit Sitz in Washington ist zusammen mit dem interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof für die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte in Ländern der OAS zuständig. Die interamerikanische Menschenrechtskommission hat eine beobachtende, beratende und anklagende Funktion.

Personalia

Kolumbien



Jasper Kok, 30, hat in den Niederlanden romanische Sprachen und Kulturen studiert. Nach einem Master-Abschluss in Spanien auf dem Gebiet Internationaler Entwicklungszusammenarbeit absolvierte er ein Praktikum in der niederländischen Botschaft in Venezuela und beim CICC. Jasper Kok wird im Rahmen des ZFD-Programms für zwei Jahre im Kolumbienprojekt arbeiten.

Guatemala



Katharina Dunkel, 25, machte bis März eine Ausbildung als Gemüsegärtnerin. Da sie bei früheren Guatemalaaufenthalten von den bestehenden Problemen und den Bemühungen verschiedener lokaler AktivistInnen tief beeindruckt war, möchte sie ab Mai als Freiwillige im Projekt vor Ort mithelfen, politische Aktionsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten.



Maike Holderer, 26, hat in Köln Sonderpädagogik auf Lehramt studiert. Ende 2007 arbeitete sie für 6 Monate in einem Straßenkinder-Projekt in Guatemala und ist seitdem mit vielen guatemaltekischen Organisationen in Kontakt. Durch den damaligen Aufenthalt verstärkte sich das Interesse am Thema Menschenrechte. Seit 2009 ist sie in der Regionalgruppe Köln/Bonn aktiv und wird im Februar im Projekt in Guatemala anfangen.

Deutschland



Lena Niehaus, 28, war bis März 2011 als Freiwillige im Guatemala Projekt. Seit Mai 2011 ist sie als Projektreferentin in der Geschäftsstelle von PBI Deutschland in den Bereichen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie im Bildungsprojekt tätig. Sie freut sich darauf, mit ihren Erfahrungen aus dem Guatemala Projekt, die Arbeit von PBI Deutschland unterstützen zu können.



Kersten Knörzer, 34, arbeitet als freier Grafik- und Webdesigner in Berlin. Er engagierte sich für verschiedene kulturelle und soziale Projekte in den Bereichen Public Relation und Management. Er vertritt Doris Erdmann in der Öffentlichkeitsarbeit von pbi-Deutschland, die seit Juni im Mutterschutz ist.



Michael Schlegel, 41, ist im März nach einem einjährigen Freiwilligendienst im pbi-Team in Mexiko, zurückgekehrt. Während seines Studiums der Kulturwissenschaften und Soziologie in Bremen und Barcelona mit den Schwerpunkten „Interkulturelle Kommunikation“ und „NGO´s“, lernte er die Arbeit von pbi kennen. Seit Mai 2011 unterstützt er als Projektreferent bei pbi Deutschland die Bereiche Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit und das Bildungsprojekt.



Raphael Vergin, war 2009/2010 als Freiwilliger im Nepal-Projekt. Derzeit ist er als Projektreferent maßgeblich an der Organisation der internationalen Konferenz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen im Oktober in Berlin beteiligt. Nach dem Studium der Politikwissenschaften hat er ein Praktikum in der GIZ gemacht. Seine weitere Leidenschaft gehört der Initiative Culture4Peace.



Anne Schäfer, 27, hat Biologie in Dresden und Rostock studiert. Sie arbeitete von 2010 bis Anfang 2011 als Fachkraft im Indonesien-Projekt. Seit April 2011 ist sie als Projektreferentin von Rostock aus tätig. Schwerpunkte dabei sind Öffentlichkeitsarbeit, Freiwilligenbegleitung und die Mitarbeit beim Bildungsprojekt von pbi. Dort möchte sie Erfahrungen des Freiwilligendienstes weitergeben und für Menschenrechte, deren Bedeutung und Verteidiger sensibilisieren.



Alexander Weber, 32, hat in Hamburg Rechtswissenschaften studiert. Nach Abschluss des 2. Staatsexamens macht er seit Mai 2011 bei pbi-Deutschland, unter anderem im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, ein Praktikum. Er erhofft sich davon, einen besseren Eindruck in die Arbeit einer Nichtregierungsorganisation zu erlangen. Alexander Weber war an der Erstellung dieses Rundbriefs maßgeblich beteiligt.



Der Freiwilligendienst bei pbi hat das Quifd-Gütesiegel für Freiwilligendienste erhalten.

Es garantiert hohe Standards in der Vor- und Nachbereitung von Freiwilligendiensten und bei der Betreuung während des Einsatzes. Die Einhaltung der Standards wird in zweijährigem Rhythmus durch unabhängige ExpertInnen überprüft.

PBI-GESCHÄFTSSTELLE

pbi – Deutscher Zweig e.V., Harkortstr. 121, D-22765 Hamburg
Tel.: +49 – 40 – 389 04 37 – 0, Fax: +49 – 40 – 389 04 37 – 29
E-Mail: info@pbi-deutschland.de, Internet: www.pbi-deutschland.de

ANSPRECHPARTNER/IN IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Koordination & Advocacy: Astrid Hake

Unterstützung der Koordination: Kendra Johnson

Freiwilligenbeauftragte: Cathrin Schmock

Schulprojekt & Theaterpädagogik: Heike Böttcher, Heike Kammer, Volker Uhl

Projektbegleitung: Sabine Günther, Maik Müller

Öffentlichkeitsarbeit: Kersten Knoerzer

Buchhaltung & Verwaltung: Birgit Beisel, Michaela Landsmann

RückkehrerInnen: Michael Schlegel, Anne Schäfer, Lena Niehaus,
Raphael Vergin

PBI-KONTAKTE

Berlin: Kersten Knörzer
regionalgruppe-berlin@pbi-deutschland.de

Rhein/Main: Nicole Nienaber, Tel.: 0611 – 137 67 59
regionalgruppe-rheinmain@pbi-deutschland.de

Hamburg: Dr. Heinke Wendt, Tel./Fax: 040 – 87 11 39
regionalgruppe-hamburg@pbi-deutschland.de

Köln: Detlef Mrosk, Tel.: 02205 – 852 80
regionalgruppe-koeln@pbi-deutschland.de

Leipzig: Patrice Castillo, Tel.: 0341 – 301 54 44
regionalgruppe-leipzig@pbi-deutschland.de

Stuttgart: Bernhard Hametner, Tel.: 07022 – 24 14 36
regionalgruppe-stuttgart@pbi-deutschland.de

Guatemala-AG: Simone Einfeldt, Tel.: 0170 – 150 01 57
guatemala@pbi-deutschland.de

Kolumbien-AG: Sascha Rusicke, Tel.: 030 – 23 27 38 24
kolumbien@pbi-deutschland.de

Mexiko-AG: Heike Kammer, Tel.: 0178 – 730 53 97
mexiko@pbi-deutschland.de

Nepal-AG: Karin Kelz, Tel.: 040 – 28 78 15 72
nepal@pbi-deutschland.de

AG Freiwilligenbegleitung: Suhela Behboud, Tel.: 040 – 80 60 12 86
suhela.behboud@pbi-deutschland.de

AG Öffentlichkeitsarbeit: Anne Schäfer
anne.schaefer@pbi-deutschland.de

Rundbrief-AG: Kersten Knoerzer, Tel.: 040 – 389 04 37 25
Kersten.knoerzer@pbi-deutschland.de

Puppentheater-AG: Heike Kammer, Tel.: 0178 – 730 53 97
milanomi2@yahoo.com

pbi Österreich: Christine Hirtl, Kurzgasse 15, A-8020 Graz
Tel.: +43 – 316 – 99 52 90, E-Mail: chirtl@gmx.at

TERMINE

Informationseminare

16.-18.09.2011: Bonn

04.-06.11.2011: Rhein-Main-Gebiet

Weiterbildungsseminare

27.-28.8.2011: Seminar Einführung in die Lobbyarbeit, Hamburg

PROJEKTSPEZIFISCHE TRAININGS

Kolumbien-Projekt

16.-23.10.2011: Valladolid / Spanien

Frist für Bewerbung und Referenzen: bereits abgelaufen

Februar 2012: Valladolid / Spanien

Frist für Bewerbung und Referenzen: 5 Monate vorher

Achtung: Die Bewerbungsfrist kann vorzeitig beendet werden

Mexiko-Projekt

Februar 2012: Voraussichtlich in Portugal

Frist für Bewerbungen und Referenzen: 4 Monate vorher

Guatemala-Projekt

23.-29.10.2011: England

Frist für Bewerbungen und Referenzen: bereits abgelaufen

Nepal-Projekt

Vorraussichtlich März 2012

Frist für Bewerbungen und Referenzen: 01.11.2011

Alle Veranstaltungs- und Trainingstermine finden Sie auf unserer Website www.pbi-deutschland.de

FÖRDERER DIESER AUSGABE



Übrigens: Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar!
Sparkasse Neuwied, BLZ 574 501 20, Konto-Nr. 200–105

IBAN: DE 76 5745 0120 0000 2001 05 BIC-Code: MALADE 51 NWD